

21.01.2015

## Kleine Anfrage 3061

der Abgeordneten Birgit Rydlewski und Michele Marsching PIRATEN

### Kleine Anfrage zu Straf- und Gewalttaten gegen Geflüchtete in Nordrhein-Westfalen

Im vergangenen Jahr haben sich Straf- und Gewalttaten gegen Einrichtungen für Geflüchtete und gegen Geflüchtete selbst gehäuft. In NRW gab es dabei in mehreren Städten nicht nur Straf- und Gewalttaten auf Geflüchtete „von außen“, sondern auch von eigentlich zu deren Betreuung zuständigen Personen, die dann letztlich zu Ermittlungen gegen die Betreiber des Flüchtlingsheims geführt haben.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Informationen liegen zu Straf- und Gewalttaten gegen Einrichtungen für Geflüchtete in Nordrhein-Westfalen seit dem 1. Januar 2013 vor?  
(Bitte listen Sie diese nach den folgenden Kriterien auf:
  - a) Datum
  - b) Adresse
  - c) Objektart (z.B.: spezifisches Gebäude wie z.B. Flüchtlingsheim, KiTa, Bildungseinrichtung; allgemein: Ein- oder Mehrfamilienhaus, Wohngebäude oder Bürokomplex, Kfz, Mülltonne, etc.)
  - d) Straftatbestand (Sachbeschädigung (Hakenkreuze etc.), Sonstiges, wenn ja, welcher Straftatbestand?)
  - e) Personenschaden, wenn ja, in welchem Ausmaß?
  - f) Ermittlungsstand
  - g) zuständige Staatsanwaltschaft und Aktenzeichen)
  
2. Welche Informationen liegen zu Straf- und Gewalttaten gegen Geflüchtete in Nordrhein-Westfalen seit dem 1. Januar 2013 vor?  
(Bitte listen Sie diese nach den folgenden Kriterien auf:
  - a) Datum
  - b) Ort
  - c) Wegen welcher Straftat(en) wurde/wird ermittelt?
  - d) Personenschaden, wenn ja, in welchem Ausmaß?

Datum des Originals: 21.01.2015/Ausgegeben: 27.01.2015

- e) Ermittlungsstand
  - f) zuständige Staatsanwaltschaft und Aktenzeichen)
3. Wie sieht die Landesregierung die Entwicklung von Straf- und Gewalttaten gegen Geflüchtete in Nordrhein-Westfalen in den letzten 10 Jahren?
  4. Wie schätzt die Landesregierung insgesamt das Gefahrenpotenzial für Geflüchtete in Nordrhein-Westfalen ein?
  5. Welche Maßnahmen hält die Landesregierung seitens der zuständigen Behörden von Stadt und Land für notwendig, um solchen Straf- und Gewalttaten zukünftig besser entgegenwirken zu können?

Birgit Rydlewski  
Michele Marsching